Beschlussvorlage
J/017/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	20.06.2024	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Suchtprävention und Gesundheitsförderung in der stationären Jugendhilfe

Anlagen:
6.1 Sachverhalt

Sachverhalt (kurz):
Die Notwendigkeit, bei der Problematik "riskanter Drogenkonsum" präventiv einzuwirken, stellt die stationäre Jugendhilfe vor besondere Herausforderungen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat darüber zuletzt im Jugendhilfeausschuss im Dezember 2023 im Zusammenhang mit dem Tod eines jungen Menschen berichtet. Das Jugendamt steht seit rund einem Jahr mit mudra e.V. im Gespräch, um den bundesweit erprobten Modellansatz REBOUND, der bereits in sechs Einrichtungen im Stadtgebiet durchgeführt wurde, verstärkt einzusetzen.

Die Verwaltung berichtet über den Projektansatz REBOUND und die Einsatzmöglichkeiten in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Der Ansatz soll im ersten Schritt im Kinder- und Jugendnotdienst sowie im Kinder- und Jugendhilfezentrum angewandt und dann auf weitere freie Träger ausgeweitet werden.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☒ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:
Der Jugendhilfeausschuss unterstützt die Umsetzung des Projektes REBOUND in Nürnberg und beauftragt die Verwaltung des Jugendamts, es in einem ersten Schritt im Kinder- und Jugendnotdienst der Stadt Nürnberg umzusetzen und dann auf weitere freie Träger stationärer Hilfen auszuweiten.